

CSD Darmstadt 2015:

Wir Können Auch Anders!



Wir finden es unerträglich, dass fast 50 Jahre nach Stonewall Lesben, Schwule, Bisexuelle und Trans* immer noch um rechtliche Gleichstellung und Menschenwürde kämpfen müssen. Wir sind schockiert, dass diese Diskriminierung als Normalität hingenommen wird. Die politischen Akteur_innen aller Parteien drücken sich vor der Verantwortung und beziehen keine klare Stellung.

Wir sind entsetzt, dass Menschen auf die Straße gehen, um offen ihre Homo- und Transphobie zu zeigen, sexuelle und geschlechtliche Vielfalt aus dem Schulunterricht verbannen wollen und damit auch aus dem Alltag von Kindern und Jugendlichen.

Diesen Zustand nehmen wir nicht hin!

VIELFALT MUSS!

Die Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt bereichert und stärkt unsere Gesellschaft. Junge Menschen brauchen diese Akzeptanz bei der angstfreien Entwicklung ihrer sexuellen Identität. Vielfalt kann auch Herausforderung sein. Aber nur eine Gesellschaft, die Vielfalt fördert, schafft die Möglichkeit für jede_n Einzelne_n, sich frei und selbstbestimmt zu entfalten.

Wir können auch anders!

Wir setzen uns für diese vielfältige Gesellschaft ein und beweisen, dass wir tatsächlich anders können. Dafür sind wir alle gefordert. Wir fordern ein mutiges Eintreten gegen Homo- und Transphobie sowie gegen jegliche andere Form der Diskriminierung – innerhalb und außerhalb der queeren Community.

Wir fordern:

- die Akzeptanz der Vielfalt unserer Gesellschaft und vor allem die Unterstützung ihrer Minderheiten.
- von jedem_jeder Einzelnen ein couragiertes Einschreiten gegen jegliche Form von Diskriminierung im Alltag.
- Solidarität und Zusammenhalt innerhalb der Community, z.B. zwischen Lesben und Schwulen, und keine Diskriminierung von z.B. Trans* und Tunten.

POLITIK BEIM WORT NEHMEN!

Auch im Jahr 2015 besteht in Deutschland eine rechtliche Diskriminierung sexueller Orientierungen und Identitäten. Weder wurde die Ehe für gleichgeschlechtliche Paare geöffnet, noch wurden sie bei der Adoption gleichgestellt. Wir bleiben dabei: Alles, was nicht Gleichstellung ist, ist Diskriminierung. Ebenso bleibt die sexuelle Identität beim Gleichheitsartikel (Art. 3 GG) im Grundgesetz bewusst ausgelassen.

Trans* Menschen sind durch das Transsexuellengesetz gezwungen, sich allein für eine Vornamensänderung psychologischer Begutachtung zu stellen und entwürdigende bürokratische Hürden zu nehmen. Dies ist ungerechtfertigt, unzumutbar und diskriminierend.

Es ist beschämend, dass deutsche Politiker_innen diese Diskriminierungstatbestände immer noch dulden, sie sogar zur Verhandlungsmasse bei Koalitionsverträgen machen oder sie in der Öffentlichkeit populistisch und unter Einsatz von Bauchgefühlen statt Argumenten verteidigen.

Wir können auch anders!

Wir werden politische Ankündigungen und Versprechungen kritisch verfolgen und stärker denn je die Öffentlichkeit nutzen, um Wortbrüche und homo- und transphobe Äußerungen ohne Rücksicht auf religiöse und sonstige Argumente anzuprangern.

Wir werden im Rahmen der Kommunalwahl 2016 in Darmstadt klar machen, welche Erwartungen wir an die Politik haben. Wir akzeptieren nicht, dass sich die Kommunalpolitik weiter vor dieser Verantwortung drückt.

Wir fordern:

- die Öffnung der Ehe für Alle und die Ergänzung des Artikels 3 im Grundgesetz um die sexuelle Identität.

Das Selbstbestimmungsrecht von Trans* muss verwirklicht werden. Trans* Menschen sollen sowohl Vornamen als auch Personenstand ändern können, ohne dass Außenstehende eine „transsexuelle Prägung“ diagnostizieren und ein richterliches Urteil sprechen müssen.

- keine Koalitionen mit Parteien zu bilden, die den vollständigen Abbau von Diskriminierung verhindern. Diskriminierung darf keine Verhandlungsmasse sein.
- dass die Kommunalpolitik in Darmstadt endlich ihrer Verantwortung nachkommt (Aktionsplan gegen Homo- und Transphobie, Räume für LGBT*-Angebote, Förderung des SchLAU-Projekts, LGBT*-Beauftragte, Befragung am IDAHOT und beim CSD).

VIELFALTSGEGNER_INNEN BEKÄMPFEN!

Homophobe und transphobe Parolen werden wieder salonfähig und genutzt, um Ängste zu schüren und sexuelle Vielfalt aus dem Lebensalltag zu verbannen. Mit gezielten Falschinformationen werden Menschen gegen uns aufgehetzt.

Diese Diskriminierungspositionen sind nicht tolerierbar! Vielfaltsgegner_innen fügen mit falschen Behauptungen Menschen Schaden zu, verfestigen Vorurteile und sprechen nicht für die Mehrheit der Gesellschaft.

Wir können auch anders!

Wir alle haben die Verantwortung, diesen Gruppierungen etwas entgegenzusetzen und ihnen keinen Raum in der Öffentlichkeit zu überlassen. Dabei ist es unerheblich, ob Diskriminierung von Elterninitiativen, Parteien, Kirchen oder Homo-Heiler_innen ausgeht.

Jede Institution muss gegen homo- und transphobe Äußerungen in ihren Reihen vorgehen. Wir verlangen hier eine entschiedeneren Positionierung und den Ausschluss solcher Meinungsträger_innen.

Wir fordern:

- den Ausschluss von homo- und transphoben Akteur_innen, wie z.B. Pfarrer_innen, Landtags- und Bundestagsabgeordneten wie Irmer und Steinbach. Homo- und transphobe Organisationen wie z.B. der Bund Katholischer Ärzte, die Offensive Junger Christen und das Weiße Kreuz müssen ausgeschlossen oder isoliert werden.
- aktiven Widerstand gegen Feind_innen von Aufklärung und Vielfalt. Wir benötigen Bündnisse für deutschlandweite Gegendemonstrationen um homo- und transphobe Veranstaltungen zu stören.
- homo- und transphoben Gruppen öffentliche Mittel zu entziehen und ihnen die Gemeinnützigkeit abzuerkennen.

Position beziehen!

Protestieren!

Widerstand leisten!

Wir können auch anders, Du auch!